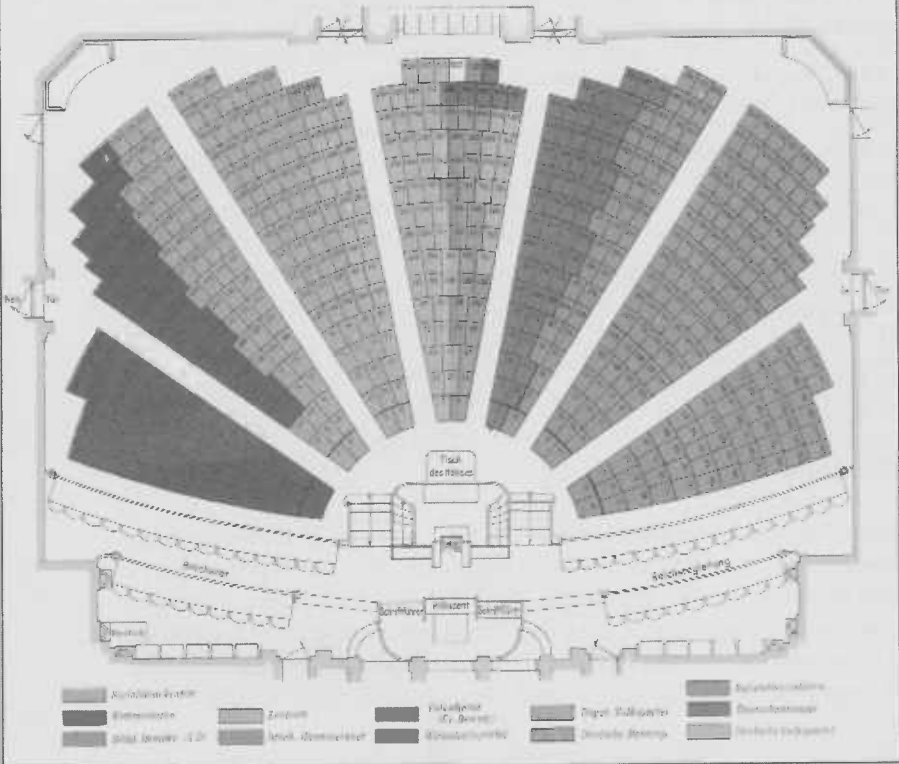


SITZUNGSSAAL DES REICHSTAGS



Sitzordnung des Deutschen Reichstags in der VII. Wahlperiode, November 1932

„Der Parlamentarismus der alten Form existierte schon nicht mehr“

Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der NSDAP im Reichstag 1924–1945

1. Vorbemerkungen

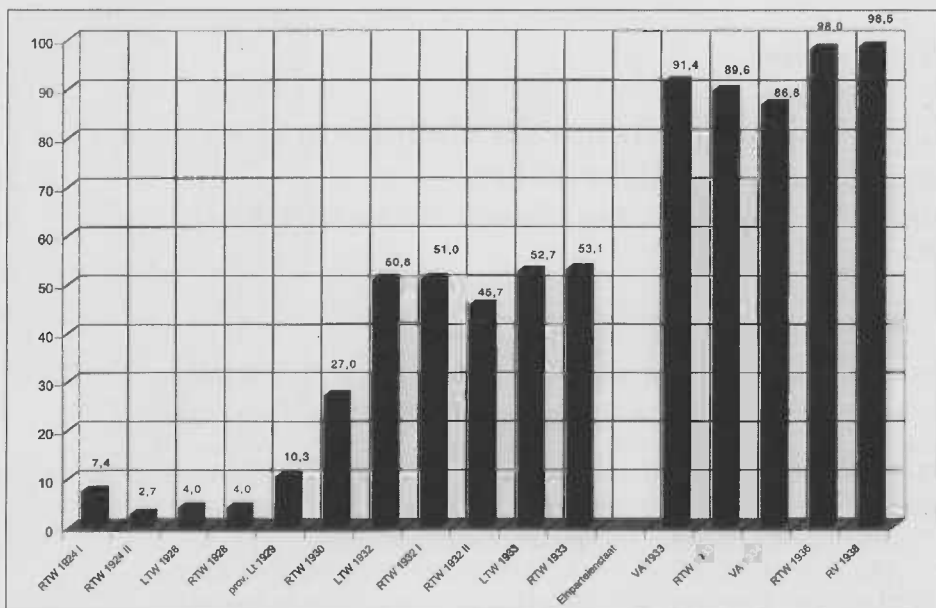
Das obige Zitat stammt aus den Erinnerungen des ehemaligen Süderdithmarscher Kreisleiters Martin Matthiessen zu seinem Einzug in den Reichstag im Oktober 1931 und belegt seine Wahrnehmung zum Präsidialkabinett Brüning.¹ Matthiessen sollte einer der beiden dienstältesten Abgeordneten der NSDAP Schleswig-Holsteins werden und gehörte zu den insgesamt 33 Personen, die die Partei bis 1945 in den Reichstag entsandte.²

Der folgende Überblick beschreibt, wer von 1924 bis 1945 für die NSDAP kandidierte und wer Mitglied des Reichstags wurde, wobei aus Platzgründen nicht auf die jeweiligen Wahlkämpfe eingegangen werden kann.³ Dagegen soll ein Schwerpunkt auf die Beschreibung der verschiedenen Funktionen des Parlaments im Nationalsozialismus und auf das Kalkül und Interesse von Staats- und Parteiführung an der Beibehaltung des Reichstags gelegt werden, da dies weniger geläufig sein dürfte.

Als Quellen dienen die zeitgenössischen Stenographischen Berichte zu den Reichstagssitzungen, die in den Reichstags-Handbüchern veröffentlichten Abgeordnetenverzeichnisse, die veröffentlichten Reichsgesetze sowie für das Zahlenmaterial die Statistik des Deutschen Reichs.⁴ Hinzu kommen Aktenbestände (Landesarchiv Schleswig-Holstein, Bundesarchiv Berlin) und Informationen aus dem Amtsblatt der Regierung in Schleswig.⁵

2. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten bis zum März 1933

Schleswig-Holstein ist eine frühe Hochburg der NSDAP und ihrer Vorläufer gewesen, so dass bis zur letzten pluralistischen Wahl am 5. März 1933 insgesamt siebzehn Nationalsozialisten aus Schleswig-Holstein ein Mandat innegehabt hatten. Da der Reichstag im NS-Staat weiterbestand, fanden bis Kriegsbeginn nicht nur mehrere Volksabstimmungen, sondern auch am 12. November 1933, am 29. März 1936, am 10. April 1938 sowie am 5. Dezember 1938 (nur für die Sudetendeutschen) Reichstagswahlen statt.⁶ Dabei erhielten im Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein) bis Kriegsende noch weitere 16 Personen ein Abgeordnetenmandat für das Einparteienparlament.



Grafik: Frank Omland

Abstimmungsergebnisse der NSDAP* in Schleswig-Holstein 1924–1938

RTW: Reichstagswahl, Prov. LTW: Provinziallandtagswahl, LTW: Landtagswahl, VA: Volksabstimmung

*bei der RTW im Mai 1924: Völkisch-sozialer Block (VSB), bei der RTW im Dezember 1924: Nationalsozialistische Freiheitsbewegung.

Bei den Volksabstimmungen im November 1933 und August 1934 trat nicht die NSDAP als Partei zur Wahl an, sondern es wurden über die Politik der Reichsregierung nach dem Austritt aus dem Völkerbund bzw. über die Zusammenlegung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers abgestimmt. Im April 1939 stimmten die Wahlberechtigten gleichzeitig über den Reichstag und über den sog. Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich ab.

2.1. Die II., III. und IV. Wahlperiode: Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924 sowie 20. Mai 1928

Am 4. Mai 1924 trat der „Völkisch-soziale Block“ – eine Listenverbindung zwischen der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei (DVFP) und den Anhängern der aufgelösten und verbotenen NSDAP – in Schleswig-Holstein zur Reichstagswahl an.⁷ Dieses Zweckbündnis verfehlte zwar mit 55.403 Stimmen nur knapp die 60.000 notwendigen Stimmen für ein Reichstagsmandat,⁸ doch konnten der gebürtige Husumer Ernst Graf zu Reventlow aufgrund der Verbindung mit den Stimmen aus einem anderen Wahlkreis und der 38-jährige Hauptmann a. D. August Fleck aus Altona über den Reichswahlvorschlag in den Reichstag einziehen.⁹

Im Reichstag bildete die DVFP – eine antisemitische Abspaltung der DNVP – zusammen mit ihren Konkurrenten aus der noch verbotenen

NSDAP eine gemeinsame Fraktion als „Nationalsozialistische Freiheitspartei“. In dieser dominierten die DVFP-Abgeordneten, und Reventlow wurde stellvertretender Fraktionsvorsitzender.¹⁰ Reventlow trat – trotz Kritik an Hitler wegen dessen taktischer Zurückhaltung in Kirchenfragen – im Februar 1927 zur NSDAP über und gehörte später zum Flügel um Gregor Strasser.¹¹ Aufgrund seiner Bekanntheit und seines Status innerhalb der Fraktion sollte er der einzige Abgeordnete aus Schleswig-Holstein bleiben, der sich je bei Reichstagsitzungen zu Wort meldete.¹² Außerdem sollte er noch bis 1930 der einzige Mandatsträger aus dem nördlichsten Wahlkreis bleiben, wengleich er aber in der III. Wahlperiode ab Dezember 1924 sein Mandat über den Reichswahlvorschlag bekam, also nicht mehr für den Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein).¹³

Die hiesigen Nationalsozialisten spalteten sich bei internen Richtungskämpfen; die unterlegene Gruppe verweigerte die Teilnahme an den Dezemberwahlen, und die als „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ antretenden Kandidaten der Reichstagsfraktion erhielten daher nur 20.433 Stimmen.¹⁴ Reichsweit zogen lediglich vier Nationalsozialisten ins Parlament ein, und die DVFP dominierte anfangs die sich bald zerstreitende Fraktionsgemeinschaft völlig, doch die NSDAP entschied den Machtkampf letztendlich bis Anfang 1928 zu ihren Gunsten.¹⁵

Für die Reichstagswahl im Mai jenes Jahres trat die wieder zugelassene NSDAP deshalb ohne Bündnispartner an, und Wilhelm Frick wurde von Hitler mit der Durchführung der Kandidatenaufstellung beauftragt. Als Reichswahlleiter der Partei informierte er die Gauleiter, die für ihr Territorium die Kreiswahlvorschläge erstellten und für den Reichswahlvorschlag Kandidaten benannten. Um die Aufstellung gab es offenbar nur wenig Auseinandersetzungen, und es ist unklar, ob Hitler tatsächlich häufiger als nur in Einzelfällen zugunsten einzelner Kandidaten eingriff.¹⁶

Zwar konnte die schleswig-holsteinische NSDAP kein Mandat erringen, erzielte aber mit 31.784 Stimmen (4,0 %) eines der besten Ergebnisse im Deutschen Reich.¹⁷ Interessanterweise kandidierte Gauleiter Lohse nicht für den Reichstag, sondern für den parallel zu wählenden preußischen Landtag. Hier erhielt er über die Landesliste als einziger Schleswig-Holsteiner ein Mandat, was wahrscheinlich dazu führte, dass er sich auch bei der nächsten



Foto: Rithb III. Wp 1924

Ernst Graf Reventlow



Foto: Preuß. LfHb 1928

Hinrich Lohse

Reichstagswahl nicht für das nationale Parlament aufstellen ließ.¹⁸ Dabei scheint die Partei eine bewusste Arbeitsteilung verfolgt zu haben, denn die Kreis-, Landes- und Reichswahlvorschläge belegen, dass es mit Ausnahme der beiden wichtigsten Männer in Schleswig-Holstein – Gauleiter Lohse und SA-Führer Meyer-Quade – keine Überschneidungen bei der Mandatsverteilung und nur wenige bei den Kandidaturen gab.¹⁹

2.2. Die V. Wahlperiode: Reichstagswahl vom 14. September 1930



Foto: RHdb V. Wp. 1930

Dr. Anton Frantzen

Da die Parteispitze von der Reichstagsauflösung überrascht wurde, mussten die Gauleiter innerhalb von einer Woche ihre Vorschläge für die Reichstagskandidaten erstellen, und Hitler, Reichswahlleiter Frick, Reichsorganisationsleiter Strasser und Joseph Goebbels besprachen mit ihnen ihre Vorschläge, wobei Hitler die letztinstanzliche Entscheidung zufiel.²⁰ Selbst seine Autorität konnte die ausbrechenden Machtkämpfe – vor allem innerhalb der SA – nicht verhindern, und er zog sich bald darauf von der Kandidatenaufstellung zurück, da er bei den vielen Partikularinteressen seitens der Partei, SA, SS und anderen seine Stellung als schlichtender „Führer“ nicht in seinem Sinne ausfüllen konnte.²¹



Foto: RHdb V. Wp. 1930

Adolf Thormählen

Solche Auseinandersetzungen hat es in Schleswig-Holstein wohl nicht gegeben, was die Listenplatzvergabe sowie der Versuch von Gauleiter Lohse, sogar bekannte Nichtparteimitglieder für die Kandidatur zu gewinnen, zu belegen scheinen. Zwar lehnte der vor Gericht stehende Landvolkanführer Claus Heim – trotz einer drohenden Verurteilung wegen von ihm verübter Bombenanschläge und einer möglichen Immunität aufgrund eines Reichstagsmandats – eine Nominierung ab.²² Doch konnte Lohse das erklärte Ziel der Partei, hochdekorierte ehemalige Weltkriegssoldaten aufzustellen, durch den schon 1928 für den preußischen Landtag kandidierenden Adolf Thormählen und den Spitzenkandidaten – den Kieler Amtsgerichtsrat Dr. Anton Franzen – erreichen.²³ Dessen Kandidatur sorgte nicht nur unter seinen Kollegen für

Aufsehen, sondern führte zu einer disziplinarrechtlichen Überprüfung durch seine Dienstvorgesetzten.²⁴

Die Partei errang in Schleswig-Holstein einen noch größeren Sieg als auf Reichsebene und erhielt mit 240.288 Stimmen (27,0 %) gleich vier der

elf Reichstagsmandate im Wahlkreis 13.²⁵ Der Jurist Franzen, „Hauptschriftleiter“ Joachim Meyer-Quade aus Schleswig-Busdorf, „Hofbesitzer“ Thormählen aus Strohdiech bei Glückstadt und der „Vorzeige“-Arbeiter Bruno Stamer aus Altona – dieser war kurzzeitig KPD-Mitglied gewesen und galt somit als Vorbild für den Wechsel aus der Arbeiterschaft zur NSDAP – zogen in den Reichstag ein. Die Partei hatte damit sofort mit der SPD gleichgezogen und deren Dominanz in der Vertretung Schleswig-Holsteins auf diese Weise gebrochen.²⁶

Zumindest Anton Franzen sollte in der Zukunft keine unwichtige Rolle spielen, denn er wurde am 1. Oktober 1930 zum Innenminister in Braunschweig berufen und verließ nach seinem dortigen Rück- und dem folgenden Austritt aus der NSDAP ein Jahr später den Reichstag.²⁷ Sein Mandat erhielt Martin Matthiessen, der auf Platz 9 kandidierende Kreisleiter Süderdithmarschens, was den Verzicht auf das Reichstagsmandat durch die vier vor ihm nachrückenden NSDAP-Mitglieder bedeutete.²⁸ Matthiessen beschrieb in seinen Erinnerungen die Ereignisse so: „Durch Franzens Rücktritt rückte ich auf der nationalsozialistischen Liste des Wahlkreises Schleswig-Holstein nach und wurde unversehens Reichstagsabgeordneter mit Wirkung vom 1. Oktober 1931. Das war für meine Arbeit in der Partei ein großer Vorteil, der in einer Freikarte für Post und Bahn und dem Empfang von 550 M Reichstagsdiäten bestand. Dadurch konnte meine Tätigkeit in der Partei ausgeweitet werden und mir stand Geld für die Einstellung eines Vertreters auf dem Hof zur Verfügung.“²⁹ Die folgenden Reichstagsitzungen unter dem Präsidialkabinett Brüning's beurteilte er so: „Der Parlamentarismus der alten Form existierte schon nicht mehr. Aber trotzdem gab es noch viel zu sagen, und für Brüning war es auch nicht ganz uninteressant, was die einzelnen Fraktionen zu seinen Maßnahmen zu sagen hatten. Zumindest mußte der Schein des Parlamentarismus der Öffentlichkeit gegenüber aufrecht erhalten werden.“³⁰

SA-Brigadeführer Meyer-Quade zog im April 1932 in den preußischen Landtag ein³¹ und verließ einen Monat später den Reichstag. Sein Mandat fiel an den auf Platz 10 des Kreiswahlvorschlags angetretenen Pinneberger Kreisleiter Ferdinand Schramm.³²



Foto: RHHdV, Wp 1930

Joachim Meyer-Quade



Foto: RHHdV, Wp 1930

Bruno Stamer



Martin Matthiessen

Foto: Rthdb VI. Wp 1932

2.3. Die VI. Wahlperiode: Reichstagswahl vom 31. Juli 1932

Dem Reichswahlleiter der NSDAP, Fraktionsführer Wilhelm Frick, gelang es in der Folge, ein nicht allzu starres Proporzsystem bei der Kandidatenaufstellung einzuführen,³³ wobei Hitler sich zwar letzte Entscheidungen vorbehielt, aber lediglich wenige allgemeine Richtlinien festlegte. Diese sahen vor, dass SA und SS die Hälfte der sicheren Plätze erhalten, einige Agrarexperten ebenso sicher nominiert werden und kein Kandidat die NSDAP-Mitgliedsnummer 300.000 überschreiten sollte.³⁴ Völlig außer Frage stand zudem, dass Frauen nicht für die NSDAP kandidieren durften.³⁵



Ferdinand Schramm

Foto: Rthdb VI. Wp 1932

Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 konnte die NSDAP zum ersten Mal die SPD in der Provinz überflügeln und errang mit 506.117 Stimmen (51,1 %) acht der 14 schleswig-holsteinischen Sitze. Mit Gauleiter Hinrich Lohse, Ortsgruppenleiter Claus Hans, SS-Führer Paul Moder sowie dem Gauführer des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen (BNSDJ) Theodor Fründt zogen gleich vier neue Personen in den Reichstag ein, während Stamer und Thormählen sowie die nachgerückten Matthiessen und Schramm wiedergewählt wurden.³⁶

Welche Bedeutung die Reichstagswahl für die schleswig-holsteinische NSDAP hatte, zeigen Ereignisse nach dem Wahlsonntag: Unter Federführung des Reichstagskandidaten und Führers der 4. SS-Standarte, Paul Moder, kam es in zehn Orten der Provinz zu Bombenattentaten auf Wohnungen und Geschäftsräume der KPD und SPD. Schnelle Festnahmen führten zu einem Prozess vor dem Sondergericht, das in Altona über fast 40 Angeklagte zu urteilen hatte. Dabei konnte die Staatsanwaltschaft einen Zusammenhang mit weiteren Anschlägen im Reich herstellen und Pläne für ein bürgerkriegsähnliches Szenario belegen. Mit Paul Moder wurde ein Reichstagsabgeordneter verhaftet und zu einer 6 1/2-jährigen Zuchthausstrafe verurteilt,³⁷ wobei er seine Strafe nicht anzutreten brauchte, denn der Reichstag stellte auf Antrag der NSDAP in einem Beschluss seine Immunität her.³⁸

Aus dem Reichstag vom Juli 1932 schied Gauleiter Lohse schon zum 2. September 1932 aus und wurde durch den Ahrensburger Postinspektor und gerade zurückgetretenen Kreisleiter von Stormarn, Heinrich Backhaus, ersetzt. Dieser blieb lediglich drei Tage Mitglied des Reichstags, da Reichs-

präsident Hindenburg das Parlament zum 12. September auflöste.³⁹

Hintergrund des Ausscheidens von Lohse war der Versuch des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser, die Parteiorganisation der NSDAP zu stärken und einen stärker hierarchischen Aufbau durchzusetzen. In der Folge wurde am 1. September 1932 SA-Brigadeführer Joachim Meyer-Quade zum Gauleiter ernannt und Lohse offiziell zum Leiter der „Landesinspektion Nord“ und Vorgesetzten der norddeutschen Gauleiter berufen.⁴⁰ Diese neue Funktion scheint der Anlass für den Verzicht auf das Reichstagsmandat gewesen zu sein, da Lohse einerseits diese neue Position ausfüllen musste und andererseits als stellvertretender Fraktionsführer im preußischen Landtag den Schutz der strafrechtlichen Immunität behielt.

Da Gregor Strasser sich gegen Hitler nicht mit seinen Plänen bzgl. einer Beteiligung an einer Regierungskoalition durchsetzen konnte, trat er am 8. Dezember 1932 zurück, und die parteiinterne Krise endete nach einem Machtwort des Parteiführers.⁴¹ „Hitler löste die Reichs- und Landesinspektionen wieder auf und stellte die relative Autonomie der Gauleiter wieder her, die Strasser mit seiner Konzeption hatte einengen wollen. Die Gauleiter unterstanden fortan Hitler persönlich.“⁴² Dementsprechend wurde Lohse Mitte Dezember 1932 wieder als Gauleiter eingesetzt und kandidierte erneut für den Reichstag.⁴³

Der VI. Reichstag trat lediglich zweimal zusammen und wurde dann aufgrund des Scheiterns der Koalitionsgespräche zwischen den Rechtskonservativen und der NSDAP durch Reichspräsident Hindenburg aufgelöst. Das führte innerhalb der Partei zu großer Unruhe und zu Legitimierungsproblemen gegenüber der eigenen Anhänger- und Wählerschaft, was entsprechende Anweisungen der Gaupropagandaleitung in Schleswig-Holstein belegen.⁴⁴

2.4. Die VII. Wahlperiode: Reichstagswahl vom 6. November 1932

Die relative Niederlage bei den Reichstagswahlen im November 1932 bedeutete, dass die NSDAP fast 75.000 Stimmen verlor – knapp 1 % mehr als reichsweit – und nur sieben Nationalsozialisten aus Schleswig-Holstein



Foto: RHdb VI. Wp 1932

Claus Hans



Foto: RHdb VI. Wp 1932

Theodor Fründt



Foto: RHdbb VI, Wp 1932

Paul Moder



Foto: RHdbb VII, Wp 1932

Reinhold Schulze

in den Reichstag einzogen.⁴⁵ Für Matthiessen, Stamer, Fründt, Schramm, Hans und Moder war es schon mindestens die zweite Wahlperiode, während mit Wilhelm Grezesch aus Elmshorn aus Opportunitätsgründen ein Neuling ein Mandat erhielt. Sowohl Gauleiter Lohse als auch Adolf Thormählen verzichteten auf ihre Mandate, um Moder und Grezesch den Einzug ins Parlament zu ermöglichen.⁴⁶ Diese beiden sollten mit Hilfe ihrer Immunität vor dem Zuchthaus bewahrt werden: Grezesch war als Führer des 2. SS-Sturms in Elmshorn im bereits erwähnten Sondergerichtsprozess wegen der Bombenattentate nach der Reichstagswahl vom Juli 1932 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden und kam erst aufgrund seiner erfolgreichen Reichstagskandidatur und der von den Abgeordneten beschlossenen „Enthaftung“ frei.⁴⁷ Anschließend profitierten Moder und er von der im Dezember 1932 beschlossenen politischen Amnestie.⁴⁸

Neben diesen sieben Abgeordneten des Kreiswahlvorschlags konnte mit dem Diplomingenieur Reinhold Schulze aus Altona noch ein Mann aufgrund des Reichswahlvorschlags ins Parlament einziehen, der seit 1930 die NS-Hochschulgruppen in Norddeutschland anführte und seit Juni 1931 den norddeutschen Kreis der Deutschen Studentenschaft leitete.⁴⁹ Schulze wurde noch mehrmals für den Reichstag aufgestellt und machte unter von Schirach Karriere in der Reichsjugendführung.⁵⁰

Das Parlament kam bis zur Reichstagsauflösung lediglich zu drei Sitzungen zusammen, und keiner der genannten schleswig-holsteinischen Hinterbänkler ergriff im Plenum das Wort.⁵¹

2.5. Die VIII. Wahlperiode: Reichstagswahl vom 5. März 1933

Bei den letzten pluralistischen Reichstagswahlen im März 1933 konnte die NSDAP durch die massive Behinderung des Wahlkampfes der Arbeiterparteien und die Kriminalisierung der KPD und ihrer Abgeordneten mit 533.754 Stimmen (53,1 %) ihr bestes Ergebnis bei einem Urnengang erringen.⁵² Während der amnestierte Wilhelm Grezesch nun nicht mehr auf der Liste anzutreten brauchte, könnte Theodor Fründt zugunsten seines Freundes Hans Gewecke auf einen sicheren Listenplatz verzichtet haben, denn er trat lediglich auf Platz 18 an.⁵³

Betrachtet man die Kandidatenaufstellung auf dem Kreiswahlvorschlag, so zeigt sich ansonsten eine große personelle Kontinuität: Von den 14 gewählten Reichstagsabgeordneten in Schleswig-Holstein erhielt die NSDAP mit Matthiessen, Stamer, Schramm, Moder, Hans und wiederum Thormählen sowie mit dem Ostfelder SA-Standartenführer Johann Friedrich Jebe und dem Kreisleiter Hans Gewecke die Mehrheit der Mandate im Wahlkreis 13.⁵⁴

Das Parlament tagte zwar nur dreimal, doch beinhalteten diese Sitzungen mit der Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“ am 23. März und der außenpolitischen Rede Hitlers am 17. Mai – aufgrund der durch Drohungen erzwungenen Zustimmung der verfolgten SPD-Fraktion – wichtige Eckpfeiler der beginnenden NS-Herrschaft.⁵⁵

2.6. Fazit für die II. bis IX. Wahlperiode (1924 bis 1933)

Von Mai 1924 bis März 1933 saßen insgesamt 17 Abgeordnete im Reichstag, die aus Schleswig-Holstein stammten bzw. im Wahlkreis 13 angetreten waren. Von diesen hatten lediglich Bruno Stamer als Sachberater zum Thema Schifffahrt⁵⁶ und Martin Matthiessen als Obmann eine Funktion innerhalb der Fraktion erhalten: Letzterer war ab August/September 1932 ihr Vertreter im Reichsausschuss für Landwirtschaft, Siedlungswesen und Pachtschutzfragen.⁵⁷ Laut Matthiessen war das sehr arbeitsintensiv: „Wir hatten in der Fraktion lediglich zwei Schreibkräfte, so daß ich viel Post mit nach Hause nehmen mußte, um die Korrespondenz in der Kreisgeschäftsstelle zu erledigen.“⁵⁸

Abgesehen von Ernst Graf zu Reventlow, der zeitweise stellvertretender Fraktionsführer gewesen war, hatte damit niemand aus Schleswig-Holstein eine wichtige Aufgabe innerhalb des Reichstags inne gehabt, und man kann die Abgeordneten zu Recht als Hinterbänkler bezeichnen.

Über die soziale Zusammensetzung der Abgeordneten geben die selbstgewählten Berufsbezeichnungen in den Reichstags-Handbüchern nur ein ungenaues Bild wieder. Sie verschleierte im Sinne einer bewussten Propaganda die Tatsache, dass die Mehrheit der NSDAP-Abgeordneten hauptamtliche Funktionäre waren: Sieben bis zehn wurden als Politische Leiter der NSDAP oder in hohen Positionen bei SA und SS für ihre Arbeit ent-



Foto: RHdb VIII, Wp 1933

Johann Friedrich Jebe



Foto: RHdb VIII, Wp 1933

Hans Gewecke

lohnt. Bei drei weiteren ist eine Entlohnung offen, zwei waren Beamte, einer Hauptmann a. D., und Ernst Graf zu Reventlow kann als Berufspolitiker bezeichnet werden.⁵⁹

Übereinstimmend mit dem eigenen Selbstbild waren die Nationalsozialisten aus Schleswig-Holstein bei Antritt ihres ersten Mandates durchweg ziemlich jung: die beiden ältesten gerade 41 Jahre, die jüngsten hatten mit 26 Jahren das Wahlalter eben überschritten. Die überwiegende Mehrheit war mit Anfang/Mitte 30 in den Reichstag eingezogen.⁶⁰

Aus dem durchschnittlichen Lebensalter (33,4 Jahre) ergibt sich fast zwangsläufig, dass zehn von dreizehn als Soldaten am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, wobei eine Reihe von ihnen dafür ausgezeichnet worden war. Damit liegt die Vermutung nahe, dass sowohl die Kriegserlebnisse wie die Erfahrungen in der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle in der Biografie der Abgeordneten und bezüglich ihrer Hinwendung zum Nationalsozialismus gespielt haben könnten.

Ob sich aus der Kandidatenaufstellung auf die regionalen Machtverhältnisse – insbesondere auf das Verhältnis der Mandatsträger zum Gauleiter – schließen lässt, kann ohne weitere Quellen zurzeit nicht geklärt werden. Die Positionierung auf den Listen für die Reichstagswahlen und die preußischen Landtagswahlen lassen aber den Schluss zu, dass hier zumindest eine bewusste Arbeitsteilung innerhalb der Partei abgesprochen worden war: So sollte es wahrscheinlich keine Doppelkandidaturen geben, um möglichst viele Nationalsozialisten mit der erstrebten Abgeordneten-Immunität und den weiteren Privilegien des Parlaments – wie Diätenzahlungen oder einer Freifahrkarte der Reichsbahn – auszustatten.

3. „Im Volksmund nannte man uns die ‚teuren Sänger‘“

Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Einparteienparlament

Im Gegensatz zur eigenen Propaganda, die den Reichstag und deren Abgeordnete diffamierte, blieb das Parlament im NS-Staat erhalten, was gegenüber der Bevölkerung allerdings nicht vermittelbar war: „Im allgemeinen wird der Reichstag als eine überflüssig gewordene Einrichtung angesehen, deren Mitglieder als solche keine Arbeit leisten und daher auch keinen Anspruch auf besondere Geldentschädigung haben.“⁶¹

Ausschlaggebend für den Erhalt des Reichstags war die Position Hitlers, der zwar einerseits das parlamentarische System ablehnte, andererseits aber eine Bühne für seine Reden und Akklamationen gegenüber dem Ausland behalten wollte.⁶² Die mangelnde Überzeugungskraft solcher Veranstaltungen vor einem Parlament ohne politische Opposition übersah der

Diktator dabei völlig, während seine eigenen Anhänger die Sinnentleerung der Sitzungen klar erfassen: „Am 30. Januar 1934 trat der Reichstag zusammen. Der Führer hielt eine lange programmatische Rede [...]. Nach Entgegennahme der Erklärungen konnten wir nach dem Absingen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes wieder nach Hause gehen. Es war mehr eine Kundgebung, die mit den Aufgaben des klassischen Parlamentarismus nichts mehr gemein hatten [!]. Im Volksmund nannte man uns die ‚teuren Sänger‘, was wiederum nicht ganz stimmte, da die Diäten bei dem Großteil der Abgeordneten mit ihrer Arbeitsleistung verrechnet wurden.“⁶³

Diese verdeckte Refinanzierung eines Teils der Kosten für hauptamtliche Funktionäre ließen auch bei Partei, SA und SS kein Interesse an einer Abschaffung des Pseudoparlaments aufkommen.⁶⁴ Hinzu kamen die kostenlose Freifahrt mit der Reichsbahn, die strafrechtliche Immunität und die Tatsache, dass die Erlangung eines Mandats den jeweiligen Funktionär gegenüber seinen Konkurrenten auszeichnete und ihn innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung hervorhob. Dieses Konkurrenz- und Leistungsprinzip entsprach der Logik im Führerstaat, wo als zusätzliche Belohnung der „Ruhm“ eines Reichstagsmandates winken konnte. So blieb der „Uniformierte Reichstag“ also erhalten, weil sowohl der Diktator als auch seine Untergebenen ihn für ihre jeweiligen Zwecke gebrauchen konnten und beide Seiten kein Interesse an seiner Abschaffung hatten.

3.1. Die Kandidatenaufstellung nach 1933

Das in der Weimarer Republik entwickelte System zur Kandidatenaufstellung blieb auch im NS-Staat weitgehend erhalten, wobei Hitler zwei ergänzende Forderungen aufstellte: Zum einen sollten Abgeordnete in der Regel ihr Mandat wiedererhalten, und zum zweiten Beamte möglichst kein Mandat antreten, um für andere Parteigenossen Platz zu machen.⁶⁵

Vorschlagsberechtigt für mögliche Reichstagskandidaten waren Reichsleitung, Gauleitung, Reichsstatthalter, die Führer der Gliederungen und angeschlossenen Verbände der Partei sowie bis zur Auflösung der Landtage deren Fraktionsführer.⁶⁶ Die Gauleiter der NSDAP wurden dabei angehalten, die in ihrem Herrschaftsbereich vorhandenen Führer der wichtigen Gliederungen und Verbände mit zu berücksichtigen, was dazu führte, dass insbesondere diejenigen aufgestellt wurden, die mehrere Funktionen inne hatten (z.B. der SA-Untersturmführer und Kreisbauernführer Hans Beek aus Süderdithmarschen zur Wahl 1938).⁶⁷ Grundvoraussetzung für eine Kandidatur waren die Parteimitgliedschaft, eine Funktionärsposition mindestens auf Kreisebene sowie gute Beziehungen zum Gauleiter bzw. zu den Vorgesetzten in der eigenen Organisation.⁶⁸

Lediglich im November 1933 zogen aus politischen Opportunitätsgründen noch einige Ex-Mitglieder der aufgelösten konservativen Parteien als Hospitanten in den Reichstag ein, doch sollte dies in der Folgezeit die Ausnahme bleiben.⁶⁹

3.2. Der „Uniformierte Reichstag“ im NS-Staat

Die IX. Wahlperiode: Reichstagswahl vom 12. November 1933



Foto: Preuß. LHdb 1933

Werner Stiehr

Schon zehn Monate nach dem vorherigen Urnengang wurden Neuwahlen abgehalten, um sicherzustellen, dass im Einparteiensstaat nur noch Parteimitglieder der NSDAP und wenige konservative „Hospitanten“ im Reichstag vertreten waren.

Bei dieser Reichstagswahl konnte die schleswig-holsteinische NSDAP offiziell mit 970.533 fast 90 % der gültigen Stimmen erreichen, so dass sich die Anzahl ihrer Reichstagsabgeordneten aufgrund der stark angestiegenen Wahlbeteiligung im November 1933 auf 16 verdoppelte.⁷⁰

Weder Jebe noch Thormählen, der kurzzeitig zum kommissarischen Landrat und anschließend zum Amtsvorsteher in seiner Gemeinde ernannt worden war, traten wieder an.⁷¹ Auch Claus Hans, Kreisleiter von Flensburg, wurde nicht mehr aufgestellt, obwohl gegen ihn seit Juli 1933 ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in Flensburg lief und er mit Auflösung des Reichstags im Oktober 1933 seine Immunität verloren hatte.⁷²

Die Kreisleiter Matthiessen, Gewecke und Schramm sowie der SS-Führer Moder und der DAF-Funktionär Stamer wurden wiedergewählt, und Gauleiter Lohse und SA-Führer Meyer-Quade zogen erneut in den Reichstag ein. Parlamentsneulinge waren die Kreisleiter Werner Stiehr (Bad Segeberg) und Erich Friedrich (Bad Oldesloe) sowie die SA-Führer Erich Boetel (Rendsburg) und Heinrich Wiese (Eutin), Landesbauernführer Wilhelm Struve (Süderbrarup) und der Gauhandwerksmeister



Foto: Preuß. LHdb 1933

Peter Börnsen

Hans Kummerfeldt (Nordhastedt) sowie Kreisleiter Peter Börnsen aus Eckernförde.⁷³

Der Husumer Kreisleiter Hermann Hansen konnte sich hingegen lediglich einen Tag über seine Wahl in den Reichstag freuen, denn auf Intervention der Gauleitung ließ er sich von der Kandidatenliste streichen.

Hintergrund war ein Versehen der Obersten SA-Führung, die erst am 13. November feststellte, dass ihr Gruppenführer Heinrich Schoene (Kiel) offiziell gar nicht kandidiert hatte! Nach Rücksprache mit Reichsinnenminister Frick und Gauleiter Lohse wurde der Kreiswahlvorschlag formaljuristisch einwandfrei geändert, und Schoene erhielt ein Reichstagsmandat.⁷⁴

Mit Ausnahme von Friedrich und Wiese waren alle neuen Mandatsträger schon im preußischen Landtag vertreten gewesen und wurden nach dessen Auflösung wohl bewusst auf einem aussichtsreichen Listenplatz für die Reichstagswahl nominiert.⁷⁵ Für Paul Moder, der zum Polizeipräsidenten von Altona-Wandsbek aufgestiegen und damit Beamter geworden war, wollte die Gauleitung eigentlich einen anderen SS-Führer in den Reichstag entsenden, doch wurde dies durch Fraktionsführer Wilhelm Frick unterbunden.⁷⁶ Außerdem bekam der in Berlin lebende Oberstleutnant a. D. Georg Ahlemann ein Mandat im Wahlkreis 13, und auch in der Folgezeit sollten nicht in Schleswig-Holstein wohnende Personen im dortigen Kreiswahlvorschlag berücksichtigt werden.⁷⁷

Diese Berücksichtigung auswärtiger Reichstagsmitglieder erklärt sich aus einem von Frick entwickelten Proporzsystem: Zwar sollten die Wohnsitze bei der Vergabe weitestgehend berücksichtigt werden, doch mussten Spitzenfunktionäre aus Partei, SA, SS und anderen Organisationen irgendwo unterkommen, was dazu führte, dass sie in wechselnden Regionen aufgestellt wurden.⁷⁸ Zudem durfte Frick als Fraktionsführer der NSDAP seit Juli 1934 aufgrund einer Gesetzesänderung auch die Nachrücker für ausgeschiedene Reichstagsmitglieder bestimmen, während vorher noch die Platzierung auf den Wahlvorschlägen ausschlaggebend gewesen war. Das einzige Kriterium für die Nachfolge wurde die Position des Ausgeschiedenen: für SA-Führer rückten SA-Führer, für Kreisleiter Kreisleiter nach usw.⁷⁹ So gelangten der stellvertretende Kreisleiter und Kreisbauernführer Hans Beeck aus Dithmarschen und der zugunsten von Heinrich Schoene zurückgetretene Kreisleiter Hermann Hansen beide im Juni 1934 für Thüringen (Wahlkreis 12) und Düsseldorf-West (Wahlkreis 23) ins Pseudoparlament. Sie profitierten dabei direkt von den Mordaktionen gegen SA-Chef Ernst Röhm und anderen, was die Neuverteilung der Mandate von 23 „durch Tod ausgeschiedene Abgeordnete“ zur Folge hatte.⁸⁰



Foto: Preuß. LHdb 1933

Heinrich Schoene



Foto: Preuß. LHdb 1933

Hans Kummerfeldt

Den Funktionswandel, der sich durch das Einparteienparlament ergab, schilderte Matthiessen so: „Am 12. Dezember fand die Eröffnung des Reichstages statt. Der Führer gab eine der allgemeinen Lage entsprechende Erklärung ab, und wir konnten anschließend wieder nach Hause gehen. Der Parlamentarismus der alten Form war nun endgültig begraben.“⁸¹

3.3. Die III. Wahlperiode: Reichstagswahl vom 29. März 1936

Mit dem Beginn der Reichstagsitzungen nach den Wahlen vom März 1936 wurde der Bezug zum Nationalsozialismus auch in der numerischen Zählung der Wahlperioden hergestellt: Von nun an galt die Reichstagswahl vom März 1933 als I. Wahlperiode der neuen Zeitrechnung, und der eigentlich X. Reichstag wurde zum III. Reichstag nach der „Machtergreifung“ umdefiniert.

Obwohl offiziell erst im November 1937 Neuwahlen anstanden, wurden zur propagandistischen Unterstützung der durch den Einmarsch der Wehrmacht ins entmilitarisierte Rheinland ausgelösten außenpolitischen Krise schon 1 1/2 Jahre früher die Wahlberechtigten zu den Urnen gerufen. Wie bei jeder Abstimmung im NS-Staat verhielt man sich dabei formaljuristisch einerseits weiterhin korrekt, löste den Reichstag auf und ließ die Gauleitungen ihre Wahlvorschläge einreichen. Andererseits verordnete das NS-Regime das erste und einzige Mal eine reichsweite Wahlfälschung, was zu einem mehr als ungläubwürdigen Endergebnis von 99,0 % für die NSDAP führte.⁸²

Im neu gewählten Reichstag konnten die schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten ihre Abgeordnetenzahl logischerweise nur noch wenig steigern, so dass nach der Wahl im März 1936 (1.114.921 Stimmen, 98,0 %) insgesamt 18 statt 16 Kandidaten ins Parlament einzogen.⁸³ Die personelle Kontinuität blieb dabei weitgehend gewahrt: Lediglich fünf Abgeordnete traten nicht mehr in Schleswig-Holstein an, und sieben andere zogen für den Wahlkreis 13 ins Parlament ein. Neu in den Reichstag kamen der stellvertretende Gauleiter Wilhelm Sieh und SA-Brigadeführer Georg Rau, während Hans Beeck nun offiziell für seinen Heimatwahlkreis einzog und Hermann Hansen kein Mandat mehr erhielt.

Auch die drei aus Schleswig-Holstein versetzten SA- und SS-Führer behielten ihr Mandat: Der zum SA-Oberführer ernannte Erich Boetel wohnte nun in Gumbinnen und war im Wahlkreis 1 (Ostpreußen) angetreten, ähnlich wie Heinrich Schoene, der zum SA-Obergruppenführer und Polizeipräsidenten von Königsberg i. Pr. aufgestiegen war und ebenfalls dort kandidierte, während Paul Moder als SS-Brigadeführer in Berlin lebte und dort aufgestellt worden war. Für Letzteren war SS-Oberführer Jakob

Sporrenberg von Düsseldorf nach Schleswig-Holstein gewechselt und hatte deshalb hier sein Mandat erhalten.⁸⁴

Einzig der DAF-Funktionär Bruno Stamer schied tatsächlich aus dem Reichstag aus, nachdem er einen internen Machtkampf verloren hatte. Reichsleiter Robert Ley legte keinen Wert mehr auf seine Kandidatur und benannte „im Einvernehmen mit dem Gauleiter an Stelle des ausgeschiedenen Pg. Stamer den jetzigen Gauwaler der DAF, Pg. Emil Brix.“ Letzter hatte aufgrund von Korruptionsvorwürfen und wegen seiner Absetzung als Oberbürgermeister von Altona 1936 sowie eines Parteigerichtsverfahrens im Juli 1937 allerdings keine Chance auf die Zuteilung eines Reichstagsmandats.⁸⁵

Wiederum wurden mit dem Hamburger Ahlemann, dem späteren Vorsitzenden des Volksgesichtshofs, Staatssekretär Roland Freisler und dem nach Deutschland geflüchteten ehemaligen Gauleiter von Wien, Alfred Eduard Frauenfeld, drei auswärtige Kandidaten in Schleswig-Holstein gewählt, die nicht auf dem Kreiswahlvorschlag verzeichnet gewesen waren. Frauenfeld wurde auf Vorschlag des Reichsleiters der DAF aufgestellt und von Frick dem Wahlkreis 13 zugeteilt, wo ihn die Gauleitung als „gaufremden“ Kandidaten ablehnte.⁸⁶ Interessanterweise konnte sich Gauleiter Lohse gegen diese Praxis von Frick, Mandate nach Opportunitätsgründen auch ortsfremd zu vergeben, wobei der Pinneberger Bürgermeister und Gauamtsleiter Heinrich Backhaus möglicherweise „Opfer“ dieser Vergabepaxis wurde, nicht durchsetzen.⁸⁷

Die „im hiesigen Kreiswahlvorschlag weiter aufgeführten Bewerber“ (sechs Kreisleiter und drei SA- bzw. SS-Führer) – darunter der im November 1933 nicht aufgestellte Adolf Thormählen⁸⁸ – hatten hingegen angesichts des sich einspielenden Vergabesystems von Frick faktisch keine Chance, in den Reichstag einzuziehen.⁸⁹

3.4. Die IV. Wahlperiode: Wahlen zum Großdeutschen Reichstag vom 10. April 1938

Nach der Annexion Österreichs im März 1938 fanden die letzten Reichstagswahlen statt, obwohl die Wahlperiode wiederum nicht beendet war. Anstelle eines Plebiszits über den „Anschluss“ Österreichs hielt das NS-



Foto: Rthdb VIII, Wp 1933

Jakob Sporrenberg



Foto: Preuß. LHdb 1933

Emil Brix

Regime eine kombinierte Volksabstimmung und Reichstagswahl ab und verknüpfte in rechtlich unzulässiger Weise beides miteinander, was symptomatisch für die Beliebigkeit der abgehaltenen Wahlen war.

Bei der Reichstagswahl im April 1938 gab es offiziell nur noch einen Reichswahlvorschlag und keine Kreiswahlvorschläge mehr, doch wurden die Abgeordneten trotzdem nach der Wahl wie gewohnt ihren Wahlkreisen zugeordnet.⁹⁰ Wichtiger als diese Formalie war für Schleswig-Holstein die Gebietsreform durch das Groß-Hamburg-Gesetz, denn hieraus ergab sich einerseits eine Verringerung der Wahlberechtigten durch den Wegfall der beiden nun zu Hamburg gehörenden Stadtkreise Altona und Wandsbek sowie großer Teile des Kreises Stormarn, andererseits ein Zugewinn durch die Stadt Lübeck, deren umliegende Dörfer und den oldenburgischen Landesteil Lübeck. Letzterer gehörte aber auch schon vorher bei Reichstagswahlen zum Wahlkreis 13. Durch die offiziell behauptete Zustimmung von 98,5 % (981.736 Stimmen) wurden – wie drei Jahre zuvor – 16 Abgeordnete in den Reichstag gewählt, und die Zusammensetzung dieser Gruppe veränderte sich lediglich durch den Umzug des SS-Führers Jakob Sporrenberg nach Königsberg, wo er im Wahlkreis Ostpreußen sein Mandat erhielt.⁹¹ Dagegen rief die Kandidatur des ehemaligen Kreisleiters, SA-Gruppenführers und Reichshandwerksmeisters Schramm massiven Widerspruch hervor: Sowohl der Leiter des Deutschen Handwerks, der



Foto: Sammlung Dohmke

Georg Rau

Reichsorganisationsleiter als auch der mecklenburgische Gauleiter Hildebrandt versuchten Schramms Kandidatur zu verhindern. Da Schramm auch nicht von der Obersten SA-Führung als Kandidat benannt wurde, stellt sich die Frage, ob er sein Mandat der Protektion von Gauleiter Lohse verdankt, (obwohl oder gerade weil dieser ihn im Oktober 1937 als Kreisleiter abgesetzt hatte).⁹²

Unklar ist einstweilen noch, warum auch SA-Brigadeführer Georg Rau wiederum ein Mandat erhielt, obwohl seine Immunität – was sehr selten der Fall war – noch im Juli 1937 wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung aufgehoben worden war.⁹³

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs erhielt mit Gauhauptamtsleiter Emil Bannemann aus Kiel ein letzter schleswig-holsteinischer Nationalsozialist ein Mandat; er rückte für den im September 1939 im „Polenfeldzug“ ums Leben gekommenen SA-Obergruppenführer Joachim Meyer-Quade nach.⁹⁴

Als auswärtiger Mandatsträger zog der Berliner Heinrich von Sybel in den Reichstag ein, und mit dem Lübecker Senator, Polizeipräsidenten und SA-Brigadeführer Walther Schröder jemand, der bisher für den Wahlkreis

Mecklenburg kandidiert hatte und nun aufgrund des Groß-Hamburg-Gesetzes zu Schleswig-Holstein gehörte.⁹⁵

3.5. Letzte Reichstagswahlen und die Berufung neuer Abgeordneter durch den „Führer“

Die letzte reichsweite Abstimmung – die „Sudetendeutsche Ergänzungswahl“ – fand am 5. Dezember 1938 statt, erbrachte aber aufgrund der wenigen sudetendeutschen Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein kein Mandat; es zogen aber reichsweit 41 Abgeordnete ins Pseudoparlament ein.⁹⁶ Alle folgenden Mandatsträger sollten – ähnlich wie die acht saarländischen Abgeordneten nach dem dortigen Abstimmungserfolg im Januar 1935 – durch „Führerbefehl“ berufen werden: im April 1938 nach der Annexion von Böhmen und Mähren fünf Abgeordnete und nach der „Wiedervereinigung“ mit dem Memelgebiet im März 1939 weitere zwei Abgeordnete.⁹⁷ Selbst im Zweiten Weltkrieg wurde auf die Vertretung der deutschen Bevölkerung in den eroberten Gebieten Wert gelegt. Nach dem erfolgreichen „Polenfeldzug“ und der Eingliederung der so genannten Ostgebiete bestimmte Hitler im Juli 1940 insgesamt acht neue Reichstagsabgeordnete, was sich nach der Eroberung von Teilen Frankreichs im Westen mit Eupen, Malmedy und Moresnet wiederholte, wo ein Abgeordneter von ihm berufen wurde.⁹⁸

Aufgrund des Kriegsverlaufs wurden Planungen, den Reichstag zum Jahrestag der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1943 einzuberufen, nicht weiter verfolgt. Ebensowenig hielten die Nationalsozialisten die theoretisch spätestens am 31. März 1943 notwendigen Reichstagswahlen ab, denn ein siegreiches Kriegsende war in weite Ferne gerückt, und die Reichsregierung vermied den Urnengang einfach dadurch, dass sie die laufende Wahlperiode verlängerte.⁹⁹

3.6. Die Sinnentleerung der Parlamentssitzungen: Verabschiedung von Reichsgesetzen und Bühne für Hitlers Selbstdarstellung

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der letzten pluralistischen Reichstagswahl am 5. März 1933 trat der Reichstag lediglich noch 21-mal zusammen: insgesamt dreimal in der VIII. Wahlperiode, die bis zum 14. Oktober 1933 andauerte; siebenmal in der IX. Wahlperiode bis zum 28. März 1936; dreimal in der Zeit vom 30. Januar 1937 bis zum 9. April 1938 – der III. Wahlperiode nach neuer Zählung – und noch insgesamt



Foto: Rithdb VII. Wp 1932

Heinrich von Sybel

achtmal in der IV. und letzten Wahlperiode nach der Reichstagswahl vom 10. April 1938, so dass selbst im Zweiten Weltkrieg noch bis zum 26. April 1942 Sitzungen stattfanden.¹⁰⁰

Da sich der Reichstag mit dem verhängnisvollen „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933 selbst entmachtet hatte, verabschiedete er danach lediglich noch sieben Gesetze: 1937 und 1939 Verlängerungen des „Ermächtigungsgesetzes“, 1934 das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“, 1935 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg das Reichsflaggengesetz sowie das antisemitische „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sowie kurz nach Kriegsbeginn das Gesetz zur „Wiedervereinigung“ mit Danzig.¹⁰¹

Dagegen machte die Reichsregierung extensiv von ihren Rechten Gebrauch und erließ bis 1945 über 900 Gesetze, was den Bedeutungsverlust des Pseudoparlaments als Gesetzgebungsorgan augenfällig macht.¹⁰² Die 21 Sitzungen des Parlaments nach 1933 bestanden faktisch nur noch aus der Entgegennahme von Regierungserklärungen Hitlers – zumeist zu außenpolitischen Fragestellungen – und dem anschließenden lautstarken Jubel der Abgeordneten über die Rede ihres „Führers“.¹⁰³ Das Gesetzgebungsverfahren war hingegen zur lästigen Pflicht verkommen, die in der 3. Sitzung am 1. September 1939 gänzlich zur Farce wurde. Aufgrund der Einberufung zur Wehrmacht fehlten knapp 100 Abgeordnete, und Reichstagspräsident Göring ordnete – formaljuristisch rechtswidrig – Folgendes an: „Meine Herren Abgeordneten! Ich habe gestattet, daß für die fehlenden Abgeordneten, die heute nicht hier unter uns weilen können, die Sitze von den politischen Trägern und ihren Vertretern eingenommen werden. Kraft der Vollmacht, die ich als Präsident des Reichstages habe, erteile ich ihnen Genehmigung, an der Abstimmung teilzunehmen.“¹⁰⁴

Knapp 2 1/2 Jahre später trat das Parlament letztmalig zusammen: „Am Sonntag, dem 26. April [1942], waren wir zu einer Reichstagssitzung geladen. Es war wohl meine letzte, da spätere Zusammenkünfte nicht mehr stattfanden. Es begann mit einer Ehrung der gefallenen Abgeordneten, während die Ausführungen des Führers über die allgemeine Lage wenig Neues brachten“, schreibt Matthiessen in seinen Erinnerungen.¹⁰⁵

3.7. Fazit für die Wahlperioden von 1933–1945

Von 1933 bis 1945 saßen insgesamt 23 schleswig-holsteinische Nationalsozialisten im Einparteienparlament.¹⁰⁶ Ein Vergleich dieser Gruppe mit den von Hubert ausgewerteten Daten für den gesamten Reichstag bestätigt dessen Befund bzgl. der Zusammensetzung der Mandatsträger.¹⁰⁷ So ist als Erstes zu konstatieren, dass auch der Altersdurchschnitt der Abgeordneten

aus Schleswig-Holstein immer höher wurde, da es praktisch keine neu zu verteilenden Mandate für Jüngere mehr gab. Zur letzten Reichstagswahl 1938 war die Mehrheit über 40 Jahre alt, und lediglich zwei Abgeordnete waren noch Anfang 30. Der älteste war der nun in Lübeck wohnende 50-jährige Gauhandwerksmeister Hans Kummerfeldt, der jüngste der 31-jährige Lauenburgische Kreisleiter Hans Gewecke.¹⁰⁸

Auch im nördlichsten Gau dominierte die NSDAP sowohl bei der Kandidatenaufstellung als auch bei der Sitzverteilung, was im letzten gewählten Reichstag 1938 am augenfälligsten wurde: Neben dem Gauleiter und seinem Vertreter finden sich sechs Kreisleiter, als Nachrücker ein Gauhauptamtsleiter sowie drei Abgeordnete der SA, zwei der SS, der Landesbauernführer und ein Gauhandwerksmeister.

Die Gruppe der schleswig-holsteinischen Reichstagsabgeordneten bestand damit ausschließlich aus hauptamtlich besoldeten Funktionären und politischen Leitern, die ihre Mandate von Wahl zu Wahl faktisch „erbt“ und bei denen ein guter Draht zu Gauleiter Lohse bzw. hohen Vorgesetzten in SA und SS vorausgesetzt werden muss.¹⁰⁹ Zudem deutet die Dominanz der Parteiorganisation auf den Wahlvorschlägen und bei der Mandatsverteilung darauf hin, dass Gauleiter Lohse das Procedere kontrollierte, die Kandidaten auf sein Wohlwollen angewiesen waren und an ihm niemand vorbeikam, der in Schleswig-Holstein Mitglied des Reichstags werden wollte.



Foto: RHHub VI. Wip 1932

Hinrich Lohse

4. Ausblick

Zukünftige Forschungen müssten weitere Quellen erschließen, die Rückschlüsse auf Kriterien zur Kandidatenaufstellung ermöglichen, die individuellen Biografien der Abgeordneten herausarbeiten und das persönliche Beziehungsgeflecht der NSDAP (SA und SS) in Schleswig-Holstein beleuchten. Zudem wäre die Frage zu verfolgen, ob sich anhand der Kandidaturen bzw. vergebenen Reichstags- und Landtagsmandate auf bestimmte interne Hierarchien des Gaus schließen lässt. Die bisherigen Ergebnisse sprechen jedenfalls dafür, dass sowohl Ereignisse und Konflikte im Machtbereich des Gauleiters als auch auf Reichsebene jeweils Auswirkungen auf Kandidaturen und die Zuteilung von Mandaten gehabt haben. Gewiss versprechen eine weitere Beschäftigung mit den MdR und die Einbeziehung der MdL einige Aufschlüsse zur Geschichte der NSDAP im Gau Schleswig-Holstein.

Überblick der schleswig-holsteinischen Reichstagsabgeordneten der NSDAP 1930-1945

Name des Abgeordneten Reichstagswahl Anzahl der Mandate	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW
	Sept. '30 (4 Sitze)	Juli '32 (8 Sitze)	Nov.'32 (7 Sitze)	März'33 (8 Sitze)	Nov.'33 (16 Sitze)	März'36 (18 Sitze)	April '38 (16 Sitze)
Heinrich Backhaus (ehem. Kreisleiter, Krs. Stormarn) *3.12.1888 Jehrden, † 5.6.1943 Darmstadt		Nachf. 10.9.32					
Emil Bannemann (Gauhauptamtsleiter) *15.4.1902 Drevenack, † 23.5.1957 Kronshagen							Nachf. Dez. 39
Hans Beeck (Kreisleiter, Kreisbauernführer) *24.11.1896 Spersdick/Dithm., † Ende Februar 1983					Nachf. Juni'34 Wkr. 12	X	X
Erich Boetel (SA-Standartenführer) *5.10.1904 Heide, † 22.5.1940 „gefallen“					X	Wkr. 1	Wkr. 1
Peter Börnsen (Kreisleiter, Krs. Eckernförde) *14.8.1896 Stolk/Krs. Schleswig, † 18.2.1986 Böklund					X	X	X
Anton Franzen (Amtsgerichtsrat) *9.4.1896 Schleswig, † 16.5.1968 Kiel	X 30.9.31						
Erich Friedrich (Kreisleiter, Krs. Stormarn) *25.9.1901 Sommerfeld, † unbekannt					X	X	X
Theodor Fründt (Gauführer des BNSDJ) *19.3.1897 Krempe, † 20.12.1984 Elmshorn		X	X				
Hans Gewecke (Kreisleiter, Krs. Hzgt. Lauenburg) *17.7.1906 Hachenhausen, † 10.3.1991 Heidelberg				X	X	X	X
Wilhelm Grezesch (SS-Sturmführer) *1.5.1906 Neidenburg, † 13.7.1941 Kume/UdSSR			X				
Claus Hans (Kreisleiter, Flensburg) *23.6.1900 Kirchspiel Tönning, † 17.5.1977 Tönning		X	X	X			

Name des Abgeordneten	Reichstagswahl	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW
	Anzahl der Mandate	Sept. '30 (4 Sitze)	Juli '32 (8 Sitze)	Nov.'32 (7 Sitze)	März'33 (8 Sitze)	Nov.'33 (16 Sitze)	März'36 (18 Sitze)	April '38 (16 Sitze)
Hermann Hansen (Kreisleiter, Krs. Husum) *21.7.1898, † unbekannt						Nachf. Juni'34 Wkr.22		
Johann Friedrich Jebe (SA-Standartenführer) *5.8.1891 Ostenfeld, † 13.2.1972 Ostenfeld					X			
Hans Kummerfeldt (Gauhandwerksmeister) *4.4.1887 Boizenburg/Elbe, † 17.5.1963 Nordhastedt						X	X	X
Hinrich Lohse (Gauleiter) *2.9.1896 Mühlenbarbek, † 22.2.1964 Mühlenbarbek			X 2.9.32			X	X	X
Martin Matthiessen (Kreisleiter, Krs. (Süder-)Dithmarschen) *26.2.1901 Wesselburen, † 14.5.1990 Nordermeldorf		Nachf. 1.10.31	X	X	X	X	X	X
Joachim Meyer-Quade (SA-Obergruppenführer) *2.11.1897 Düsseldorf, † 10.9.1939 Polen		X 24.5.32				X	X	X 10.9.39
Paul Moder (SS-Abschnittsführer) *1.10.1896 Neheim, † 8.2.1942 Mal-Kalinez			X	X	X	X	Wkr. 3	Wkr. 3
Georg Rau (SA-Brigadeführer) *3.6.1892 Heidenheim/Württemberg, † unbekannt							X	X
Ferdinand Schramm (SA-Gruppenführer) *15.4.1889 Grünholz, † 1964		Nachf. 31.5.32	X	X	X	X	X	X
Walther Schröder (SS-Brigadeführer) *26.11.1902 Lübeck, † 31.10.1973 Lübeck			Wkr. 35	Wkr. 35	Wkr. 35	Wkr. 35		X
Heinrich Schoene (SA-Gruppenführer) *25.11.1889 Berlin, † unbekannt						X	Wkr. 1	Wkr. 1
Wilhelm Sieh (Stellv. Gauleiter) *19.5.1892 Groß-Wisch, † unbekannt							X	X
Jakob Sporrenberg (SS-Oberführer) *16.02.1902 Düsseldorf, † 6.12.1952 Warschau					Wkr. 22	Wkr. 22	X	Wkr. 1

Name des Abgeordneten	Reichstagswahl Anzahl der Mandate	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW
		Sept. '30 (4 Sitze)	Juli '32 (8 Sitze)	Nov.'32 (7 Sitze)	März'33 (8 Sitze)	Nov.'33 (16 Sitze)	März'36 (18 Sitze)	April '38 (16 Sitze)
Bruno Stamer (DAF-Funktionär) *12.2.1900 Altona, † 17.7.1988 Hamburg-Altona		X	X	X	X	X		
Werner Stiehr (Kreisleiter, Krs. Segeberg) *3.5.1905 Harzhof/Eckernförde, † unbekannt						X	X	X
Wilhelm Struve (Landesbauernführer) *9.2.1901 Itzehoe, † unbekannt						X	X	X
Adolf Thormählen (Ortsgruppenleiter, Landwirt) *24.2.1892 Langenhals, † 9.8.1984 Glückstadt		X	X		X			
Heinrich Wiese (SA-Oberführer) *22.7.1896 Eutin, † unbekannt						X	X	X

Legende: X = Mandat in der Wahlperiode und Tag des Ausscheidens; Nachf.= Nachfolge am; Wkr.: Mandat im Wahlkreis

Die folgenden sieben Personen erhielten ebenfalls Reichstagsmandate, sind aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht in der obigen Tabelle aufgeführt worden:

August Fleck, geb. 29.12.1885 in Fulda, gest. 3.5.1978 in Hamburg, II Wp. Reichswahlvorschlag. **Ernst Graf zu Reventlow**, geb. 18.8.1869 in Husum, gest. 20.11.1943 in München, II. Wp., Mai 1924. **Georg Ahlemann**, geb. 8.2.1870 in Krotochin/Posen, Berlin, IX. Wp., Nov. 1933, **Alfred Eduard Frauenfeld**, geb. 18.5.1898 in Wien, gest. 10.5.1977 in Hamburg, III. Wp., März 1936; **Roland Freisler**, geb. 30.10.1893 in Celle, gest. 3.2.1945 in Berlin, III. Wp., März 1936. **Reinhold Schulze**, geb. 28.10.1905 in Bremen, VII. Wp., Juli 1932, Reichswahlvorschlag. **Heinrich von Sybel**, geb. 28.3.1885 in Gummersbach, gest. 22.3.1969 in Schweinfurt, III. u. IV. Wp., März 1936 u. April 1938.

Die Tabelle wurde nach den Daten in den Reichstagshandbüchern, im Provinzial-Landtagshandbuch, in Schwarz 1965 und in Schumacher 1991 sowie Auskünften von Archiven und Privatpersonen erstellt. Nicht in jedem Fall ließen sich Sterbedatum und -ort ermitteln; für Hinweise wäre der Autor dankbar.

Anmerkungen

1. Martin Matthiessen, *Erinnerungen aus der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts*. Mel-dorf 1980, S. 147. Matthiessen will mit 71 Jahren die Arbeit an seiner Biografie begonnen haben (Vorwort, S. 5).
2. Vgl. Überblick der schleswig-holsteinischen Reichstagsabgeordneten der NSDAP 1930–1945. 17 Personen zogen bis März 1933, 16 weitere bis 1945 ins Parlament ein. Sieben erhielten sowohl vor als auch nach 1933 Mandate.
3. Einen Überblick zum Wahlkampfgeschehen in Schleswig-Holstein gibt es m. W. noch nicht. Der Autor arbeitet zurzeit an einer Studie zu den Wahlen in der NS-Diktatur und verweist auf seine bisherigen Arbeiten: Frank Omland, „Unser aller ‚Ja‘ dem Führer“. Zur Geschichte der ersten nationalsozialistischen Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933 in Schleswig-Holstein“, in: ISHZ 39 (2001), S. 3–50. Ders., *Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933–1938*. Hamburg 2001, unv. Manuskript (Landesbibliothek Schleswig-Holstein). Ders., *Wahlkampf, Wahlzwang, Wahlfälschung: Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933–1938*. Teil 1: Die Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12.11.1933, die Volksabstimmung vom 19.8.1934. In: *Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte*, Bd. 80, Heft 6 (Kiel 2002), S. 241–294.
4. *Verhandlungen des Reichstags*, III. bis IX. sowie III. bis IV. (neue Zählung) Wahlperiode, Band 396, Band 429, Band 447, Band 454–460, Berlin, entspr. Jahrgänge (darin die Stenographischen Berichte), im Folgenden: *Verhandlungen. Reichstags-Handbuch, Wahlperiode, Datum*, „Reichsgesetzesblatt“, im Folgenden: *RGBl. Die „Statistik des Deutschen Reichs“*, im Folgenden: *StDR*. Zudem sind noch zu nennen: Max Schwarz, *Biographisches Handbuch des deutschen Reichstags*. Hannover 1965; Martin Schumacher (Hg.), *M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945*. Düsseldorf 1991.
5. Die Abkürzungen für diese Quellen lauten im Folgenden: LAS, BArchB und Amtsblatt. Grundlegend zum Verständnis des Parlaments von 1918 bis 1945 sind die Arbeiten von Martin Döring und Peter Hubert. Döring hat die NSDAP im Reichstag der Weimarer Republik, Hubert den „Uniformierten Reichstag“ nach 1933 beschrieben. Diese Veröffentlichungen ermöglichen eine erste Einordnung der schleswig-holsteinischen Abgeordneten in die Geschichte des Reichstags und einen bewertenden Vergleich in Bezug zur Struktur der NSDAP-Fraktion. Martin Döring, „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik. Düsseldorf 2001; Peter Hubert, *Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945*. Düsseldorf 1992.
6. Die Volksabstimmungen fanden am 12. November 1933 (Austritt aus dem Völkerbund), dem 19. August 1934 (Reichspräsidentenschaft) und kombiniert mit der Reichstagswahl am 10. April 1938 statt.
7. Vgl. dazu Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928). Neumünster 1982, S. 212ff. Der Kreis- und Reichswahlvorschlag findet sich in: *Amtsblatt, Sonderausgabe*, 29.4.1924, S. 206f. Zur Kandidatenaufstellung insgesamt: Döring 2001, S. 431ff.
8. *RGBl*, Teil 1, Berlin 1924, S. 162, § 31 des „Reichswahlgesetzes“ vom 8.3.1924.
9. *Amtsblatt*, 29.4.1924, S. 206f.; ebd. 17.5.1924, S. 227. (Platz 1: Reventlow, Platz 9: Fleck; Reichsliste: Platz 4: Reventlow, Platz 13 Fleck). Zur weiteren Mandatsfolge siehe Schwarz 1965, S. 550, S. 557, S. 565f., S. 648, S. 735. Zu Reventlow vgl. die Biografien in: Hermann Weiß (Hg.), *Biographisches Lexikon zum Dritten Reich*. Frankfurt am Main 1998, S. 372f.; *Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck*. Band 7.

- Neumünster 1985, S. 221-223. Zu Fleck: BArchB NS 22/1069. Fleck wurde später wegen seiner vielen Richtungswechsel im völkischen Lager nicht in die NSDAP aufgenommen.
10. Die DVFP errang mit ihren Kandidaten 22, die NSDAP lediglich 10 Mandate. Werner Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919–1933. Düsseldorf 1972, S. 182ff. und S. 186, Fn 91. Döring 2001, S. 65ff.
11. Horn 1972, S. 266, Fn 192. Döring 2001, S. 84ff.
12. Zu den Wortbeiträgen Reventlows siehe: Verhandlungen, III. Wp. 1924, Bd. 396, S. 953-955. Verhandlungen, IV. Wp. 1928, Bd. 429, S. 764f. Verhandlungen, V. Wp. 1930, Band 447, S. 334.
13. Reichstags-Handbuch, III. Wp. 1924, [RTW 7.12.1924, FO], S. 153-157, S. 176. Reichstags-Handbuch, IV. Wp. 1928, S. 214f., S. 247, S. 264.
14. Vgl. Rietzler 1982, S. 240ff. und S. 251ff. Amtsblatt, 27.12.1924, S. 457, S. 483. Zur RTW Mai 1924: LAS 301/5408. Zur RTW Dez. 1924: LAS 309/17358.
15. Vgl. dazu Döring 2001, S. 73ff.
16. BArchB NS 51/212, Bl. 243-249. Reventlow wurde Spitzenkandidat für Schleswig-Holstein. Döring 2001, S. 436.
17. Vgl. Rietzler 1982, S. 415ff. Vgl. Döring 2001, S. 434f.; Amtsblatt, 15.5.1928, S. 7 (Sondernummer), S. 188. Zur RTW 1928: LAS 309/22664 und die Zeitungsausschnittsammlung in LAS 309/23014. Neben Reventlow traten Claus Rönnefeldt und Heinrich Schoene auf den ersten Plätzen an, beide spätere MdL, Schoene auch MdR.
18. Vgl. Amtsblatt, 15.5.1928 (Sondernummer), S. 188. Handbuch des preußischen Landtags, 3. Wp. (1928), Berlin 1928, S. 366, S. 487 (es wurden sechs preußische NSDAP Kandidaten in den Landtag gewählt).
19. Vgl. die Wahlvorschläge in Amtsblatt, 1924, 1928, 1930, 1932 und 1933 bzw. im Detail das Folgende.
20. Döring 2001, S. 438f.
21. Döring 2001, S. 439ff.; Hubert 1992, S. 337f.
22. BArchB NS 22/1069. Brief Lohses an die Reichsorganisationsleitung vom 1. Juli 1931.
23. Vgl. Amtsblatt, Sonderausgabe, 8.9.1930, S. 7. Siehe auch: LAS 309/22805 und LAS 309/22664. Thormählen war schon im Mai 1928 auf dem Kreiswahlvorschlag zur Provinzial-Landtagswahl auf Platz 2 angetreten.
24. Zur Biografie Franzens siehe die Personalakte: LAS 786 Nr. 69. Ansonsten: Bericht Polizei Kiel, 21.6.1930 und Bericht vom 21.8.1930 in LAS 309/22805.
25. Amtsblatt, 11.10.1930, S. 420.
26. Reichstags-Handbuch, V. Wp. 1930, S. 225f., S. 264, S. 280. Anfang 1931 sind Thormählen und Stamer Gausachbearbeiter für Agrarfragen bzw. für Betriebszellen und Gewerkschaftsfragen sowie Sozialpolitik. Vgl. Schreiben der NSDAP Schleswig-Holstein an Reichsorganisationsleitung vom 12.1.1931, in BArchB NS 22/1069.
27. Vgl. Personalakte von Franzen: LAS 786 Nr. 69. Schumacher 1991, S. 358.
28. BArchB R 1501/125198, Bl. 204f. Reichstags-Handbuch, VI. Wp. 1932, [RTW 31. Juli 1932, F.O.], S. 151. Verzichtet hatten Hans Kummerfeldt, Johann Hinrich Böhmcker, Wilhelm Struve und Otto Hamkens.
29. Matthiessen 1980, S. 145.
30. Matthiessen 1980, S. 147.
31. Amtsblatt, 21.5.1932, S. 192 u. S. 216. Vgl. auch LAS 301/5410. Handbuch für den preußischen Landtag, 4. Wp. (1932). Berlin 1932, S. 308f.
32. Reichstags-Handbuch, VI. Wp. 1932, [RTW 31. Juli 1932, F.O.], S. 204. Verhandlungen, V. Wp., Bd. 453, Anlage Nr. 1592. Meyer-Quade legte sein Mandat am 24.5.1932 nieder, Schramm rückte am 31. Mai nach. Vgl. auch die Akte zu Meyer-Quade: LAS 611 Nr. 1982. Zu Schramm: Frank Will, Rechts-zwo-drei. Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg. Pinneberg 1993, S. 68ff., insb. S. 72f.

33. Hubert 1992, S. 338f. Zur Kandidatenaufstellung: BArchB Film 71971 (NS 26), Schriftwechsel mit den Gauleitern.
34. Döring 2001, S. 443. Hubert 1992, S. 339, Fn 14.
35. Vgl. dazu Döring 2001, S. 391ff. SHTZ 6.9.1932: „Die Frau im Parlament“.
36. Amtsblatt, Sondernr., 26.7.1932, S. 2. Amtsblatt, 13.8.1932, S. 327. Reichstags-Handbuch, VI. Wp. 1932, [RTW 31. Juli 1932, F.O.], S. 17. Biografien: ebd., S. 26ff. Kreiswahlvorschlag: LAS 320 Norderdithmarschen Nr. 2549. Erst nach Rücksprache mit dem SS-Gruppenführer Dietrich wurde die Kandidatur Moders festgelegt, da auch der gleichrangige SS-Standartenführer Rodenbücher hätte kandidieren können. BArchB Film 71971 (NS 26), Schriftwechsel der NSDAP Schleswig-Holstein mit der Reichsleitung Juni/Juli 1932.
37. Vgl. zu den reichsweit wahrscheinlich durch Himmler abgesetzten Anschlägen: LAS 309/22861. Siehe auch einen geheimen Bericht der Kieler Polizei: Abschrift vom 29.7.1932 in: LAS 301/4561. Vgl. Will 1993, S. 82-84. Vgl. dazu BArchB R 1501/125794, Bl. 435, 447a und Blatt 510ff. Im LAS die Sondergerichtsakte: 358/8385. Vgl. ferner Hans-Joachim Sprenger, Der Überfall auf das Haus des Klausdorfer Gemeindevorstehers Willy Busch in der Nacht vom 9. zum 10. Juli 1932. In: Kurt Hamer, Karl-Werner Schunck, Rolf Schwarz (Hg.), Vergessen + verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eckernförde 1984, S. 101-103.
38. Verhandlungen, VI. Wp., Bd. 454, S. 5: 1. Sitzung vom Dienstag 30.8.1932. BArchB R 1501/125047, Bl. 293 u. 295.
39. Reichstags-Handbuch, VI. Wp. 1932, S. 12, S. 25. Schwarz 1965, S. 583, S. 707. Verhandlungen, VI. Wp., Bd. 454, Anlage Nr. 146. Backhaus hatte auf Platz 9 des Kreiswahlvorschlags kandidiert und war der reguläre Nachrücker. Für die nächsten beiden Wahlen (März und Nov. 1933) wurde er nicht mehr aufgestellt.
40. Vgl. dazu das von Lohse in der Nachkriegszeit verfasste Typoskript „Der Fall Strasser“ in LAS 399.65 Nr. 29, S. 14ff. Vgl. zu Meyer-Quade das Dokument in LAS 611 Nr. 1982: NSDAP Gau Schleswig-Holstein, Der Gauleiter, Kiel 10.1.1940, Bescheinigung. Dort wird Meyer-Quade für den Zeitraum vom 1.9. bis 31.12.1932 als kommissarischer Gauleiter bezeichnet, was den Tatsachen widerspricht, da er nicht bloß kommissarisch eingesetzt wurde. Innerhalb der Parteigeschichte sollte aber diese kurze Episode bewusst verschwiegen werden. (Vgl. dazu die Selbstdarstellungen im GauVOBl, April 1935, S. 138f., und im Mitteilungsblatt des Gauring für nationalsozialistische Volksaufklärung und Propaganda in der Gaupropagandaleitung der NSDAP vom 25. März 1945, S. 55f. zu Lohses 10- bzw. 20-jährigem Jubiläum als Gauleiter.) BArchB NS 22/433, NS 22/426.
41. Zur Strasser-Krise in der NSDAP: Peter D. Stachura, Gregor Strasser and the Rise of Nazism. London 1983, S. 103ff. Vgl. Lohses Darstellung in: LAS 399.65 Nr. 29, Typoskript „Der Fall Strasser“, S. 19ff.
42. Horn 1972, S. 384f. Vgl. dazu Lohse in LAS 399.65, Nr. 29: „Der Fall Strasser“, S. 27. Vgl. Matthiessen 1980, S. 185.
43. SHTZ, 16.12.1932: „Verfügungen Adolf Hitlers“. Amtsblatt, 28.2.1933, S. 1f.
44. LAS 301/4561. Weitergabe einer Abschrift eines „Rundschreiben der NSDAP an sämtliche Gauredner. Gaupropagandaleitung, Altona 21.9.32“ durch den kommissarischen Polizeipräsidenten Diefenbach, 4.10.1932.
45. Amtsblatt, Sondernummer, 1.11.1932, S. 1 und S. 452. Das Wahlergebnis lautete 431.989 Stimmen (45,7 %). Vgl. auch LAS 309/23082.
46. Moder und Grezesch traten auf Platz 8 und 9 an, womit der Verzicht zweier Mandatsträger notwendig wurde. Lohse verzichtete wahrscheinlich wegen seines Abgeordnetenmandats in Preußen.
47. Zum Urteil s. LAS 309/22861. Zur Immunität: Verhandlungen, Bd. 455, S. 5f., S. 12f. (1. Sitzung, 6.12.1932).

48. SHTZ, 11.12.1932: „Amnestie beschlossen“, ebd., 22.12.1932: „Endlich Amnestie“. Vgl. dazu Döring 2001, S. 364ff.
49. BArchB NS 46/32, Schreiben vom 21.10.1932 (handschriftliches Original des Reichswahlvorschlags) Reichstags-Handbuch, VII. Wp. 1932, [RTW 6. November 1932, F.O.], S. 206, S. 214, S. 404. Schwarz 1965, S. 757.
50. Schulze war Amtsleiter in der RJF, kandidierte noch 1936 und schied 1938 wegen eines „mehrjährigen Auslandsaufenthalts“ aus der HJ und damit als Kandidat aus. Vgl. dazu Schriftstücke in BArchB NS 46/33, NS 46/36 und NS 46/37.
51. Verhandlungen des Reichstags. VII. Wp. 1932, Bd. 455: 1. Sitzung 6.12.1932, 2. Sitzung 7.12.1932, 3. Sitzung 9.12.1932. Ebd. Band 456, Anlagen Nr. 231 bis 356. Im „Sprechregister“ wurde keiner der Abgeordneten als Redner benannt.
52. Amtsblatt, Sondernummer, 15.3.1933, S. 2.
53. Amtsblatt, 28.2.1933, S. 1f. Zu finden auch in: LAS 309/23082. Laut Wulf Pingel war Fründt mit Kreisleiter Hans Gewecke (Platz 8) befreundet und wurde im April 1933 mit dessen Zustimmung (stellv.) Landrat im Kreis Hzgt. Lauenburg. Es ist deshalb eine plausible Vermutung, dass es zwischen den beiden zu einer Absprache gekommen ist und Fründt faktisch zugunsten von Gewecke auf einen sicheren Listenplatz verzichtete. Wulf Pingel, Von Kiel nach Riga. Schleswig-Holsteiner in der deutschen Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland. In: ZSHG, Band 122 (1997), S. 452.
54. Reichstags-Handbuch, VIII. Wp. 1933, S. 76. Jebe stand im Juli 1932 kurzzeitig auf dem aussichtsreichen 4. Listenplatz, um dann doch nur auf Platz 10 aufgestellt zu werden. Vgl. BArchB Film 71971 (NS 26). Handschriftl. Kandidatenliste, ohne Datum.
55. Bernd Jürgen Wendt, Deutschland 1933–1945. Das Dritte Reich. Handbuch zur Geschichte. Hannover 1995, S. 113f. (zum Konflikt innerhalb der SPD-Führung zum richtigen Kurs gegenüber der neuen Regierung).
56. SHTZ 6.9.1932: „Die neuen nationalsozialistischen Sachberater und Obleute der Reichstagsausschüsse“.
57. Adolf Hitler und seine Kämpfer. 288 Braunhemden im Reichstag. Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion. VIII. Wahlperiode 5. März 1933. München 1933, S. 13.
58. Matthiessen 1980, S. 183f. Zur Einsetzung als Obmann: S. 174f.
59. Die Entlohnung der Kreisleiter war laut Gauleiter Lohse schon weit vor 1932 gängige Praxis geworden, so dass für Backhaus, Gewecke, Matthiessen, Schramm sowie Gauleiter Lohse von einer hauptamtlichen Tätigkeit ausgegangen werden kann. Ähnliches kann für die SA- bzw. SS-Führer Meyer-Quade (Schleswig-Busdorf), Jebe (Ostenfeld), Moder (Wesselburen) und wahrscheinlich auch für Grezesch (Elmshorn), Hans (Flensburg) sowie für den für die NSBO aktiven Bruno Stamer aus Altona vermutet werden. Noch unklar ist die Entlohnungsfrage bei Theodor Fründt (Rechtsanwalt, Gauführer des BNSDJ, Gausachbearbeiter in Rechtsfragen), Dipl. Ing. Reinhold Schulze (NSDStB) und Thormählen (Ortsgruppenleiter, Gausachbearbeiter Agrarfragen). Franzen und Backhaus waren Beamte. Zu Backhaus siehe: Hans Jürgen Perrey, Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47. Bad Oldesloe 1993, S. 282ff. August Fleck – in der II. Wahlperiode auf Reichswahlvorschlag gewählt – war Hauptmann a.D. und später Geschäftsführer der Volksrechtspartei in Schleswig-Holstein.
60. Vgl. Tabelle S. 120ff. Fleck (geb. 29.12.1885), Reventlow (geb. 18.8.1869) und Schulze (geb. 28.10.1905) sind hier nicht berücksichtigt, weil sie faktisch alle auf Reichswahlvorschlag gewählt worden sind. Die Alterstruktur bei Eintritt in den Reichstag im Detail: 26 Jahre, 26 J., 29 J., 30 J., 32 J., 32 J., 34 J., 35 J., 35 J., 35 J., 38 J., 41 J., 41 J. Heinrich Backhaus findet hier ebenfalls keine Berücksichtigung, da er lediglich drei Tage MdR war.
61. NS 46/1, Bl. 13, Fraktionsgeschäftsführer Fabricius an Reichsschatzmeister Schwarz, 24.7.1936.
62. Hubert 1992, S. 371.

63. Matthiessen 1980, S. 227. Zur Anrechnung der Diäten: BArchB NS 46/1, Blatt 8ff.
64. Hubert 1992, S. 372. Allein die Diäten stiegen von ca. 4,8 Mill. 1933 auf ca. 6,2 Mill. RM 1943 an! Vgl. BArchB NS 46/9, Bl. 70f. (Schreiben der OSAF vom 22.1.1935).
65. Hubert 1992, S. 340, Fn 17. Zur Kandidatenaufstellung: BArchB NS 6/215, Bl. 27ff. NS 46/10 u. NS 8/169.
66. BArchB NS 46/25, Bl. 123. Vgl. auch BArchB NS 46/10 u. R 1501/5356. Hubert 1992, S. 340.
67. E. Kienast (Hg): Der Großdeutsche Reichstag. IV. Wahlperiode. Beginn am 10. April 1938. Verlängert bis zum 30. Januar 1947. Berlin 1943, S. 155. Im Folgenden: Großdeutscher Reichstag IV. Wp., 1943.
68. Hubert 1992, S. 342ff. Vgl. die Vorschlagslisten der NSDAP und anderen in BArchB NS 46/32, NS 46/37.
69. Hubert 1992, S. 345 u. S. 368f. Für Hamburg und Schleswig-Holstein bspw. Karl Friedrich Gok (Ex-DNVP): Schumacher 1991, S. 416. Reichstags-Handbuch, VIII. Wp., S. 139f. StDR, 1937, S. 12.
70. StDR, Band 449, Berlin 1935, S. 8f.
71. Vgl. Amtsblatt vom 28.2.1933, S. 1f. BArchB R 1501/125196, Bl. 10ff. Vgl. Schumacher 1991, S. 254, S. 311 und S. 586. Thormählen kandidierte noch einmal im März 1936, erhielt aber kein Reichstagsmandat mehr.
72. BArchB R 1501/125047, Bl. 343-346. Der Reichstag hob bis zu seiner Auflösung die Immunität von Hans nicht auf. Gleichzeitig wurde Hans nicht mehr auf dem Kreiswahlvorschlag aufgestellt, so dass zu fragen ist, warum ihn die Gauleitung nicht durch ein erneutes Mandat schützen wollte.
73. Amtsblatt, 8.11.1933, S. 1f. Amtsblatt, 9.12.1933, S. 397.
74. BArchB NS 46/26, Bl. 97ff. Meines Erachtens war das Versehen der OSAF darauf zurückzuführen, dass die Reichstagswahlen so kurzfristig angesetzt worden waren und gleichzeitig sämtliche Länderparlamente aufgelöst wurden, ohne dass Neuwahlen für diese stattfanden. Damit verlor Schoene sein Landtagsmandat, ohne einen entsprechenden Ausgleich auf Reichsebene zu erhalten.
75. Seit 1928 waren Lohse, seit 1932 Meyer-Quade, Kummerfeldt, Struve und Börnsen, seit März 1933 Stierh und Schoene im preußischen Landtag vertreten gewesen. Lohse seit 1932 sogar als stellvertretender Fraktionsführer. Friedrich (1932 Platz 17; 1933 Platz 18) und Wiese (1933 Platz 22) kandidierten auf aussichtslosen Plätzen. Nur Hansen hatte weder kandidiert noch ein Mandat erhalten. Handbuch f. d. preuß. LT, 3. Wp., Berlin 1928, S. 366. Handbuch, 4. Wp., S. 308f. Handbuch, 5. Wp., S. 149 und S. 206.
76. Der Vermerk des Fraktionsgeschäftsführers Fabricius lautete: Moder bleibt. BArchB NS 46/25, Blatt 29.
77. Verhandlungen, IX. Wp. [Nov. 1933], Bd. 458, Anlage Nr. 1, S. 1ff. Ahlemann war Mitbegründer des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, 1925 in die NSDAP eingetreten, dann als Herausgeber der Ludendorffschen *Deutschen Wochenschau* 1926 wieder ausgetreten, um 1929 wieder einzutreten. Seit 1932 saß er als MdL im preußischen Landtag. Zur Biografie siehe: Handbuch f. d. pr. LT, 4. Wp., S. 304.
78. Vgl. die Beschreibung zu solchen Wechseln bei Hubert, S. 352f.
79. RGBI, 1934, T. 1, S. 530: „Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes“, 3. Juli 1934, § 35. Hubert 1992, S. 355.
80. BArchB NS 46/9, Liste des Fraktionsgeschäftsführers vom 27.7.1934. Nachtrag zum Reichstags-Handbuch der IX. Wp. 1933, Berlin 1936. S. 3f u. S. 8.
81. Matthiessen 1980, S. 225f. Vgl. dazu Hitlers Rede in: Verhandlungen, IX. Wp., Bd. 458, Berlin 1936, S. 1ff.
82. Zum Wahlvorschlag aus Schleswig-Holstein siehe BArchB NS 46 35, Abschrift vom 17.3.1936 und Unterschriftenoriginal vom 10.3.1936. Zum Wahlergebnis: StDR, Bd. 497,

- S. 7. Zur Wahlfälschung: LAS 309/22737, Schreiben des Reichsinnenministeriums vom 27.3.1936.
83. StDR, Band 497, S. 37. Verhandlungen, III. Wp. [1936], Bd. 459, Berlin 1938, Verzeichnis der MdR, S. 1ff.
84. Verhandlungen, Band 458, Anlage Nr. 1 für die III. Wp., S. 3ff. StDR, Band 497, Berlin 1937, S. 10, 17, 21. Sporrenberg war seit März 1933 M.d.R.
85. Zu Stamer: BArchB NS 46/33, Schreiben vom 9.3.1936. Zu Brix: Anthony McElligott, *Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917–1937*. Ann Arbor 1998, S. 218f.
86. BArchB NS 46/33, Schreiben vom 9.3.1936 und „Vorschläge des Fraktionsführers“ o.D.
87. Vgl. Kreiswahlvorschlag in Amtsblatt, Sondernummer, 24.3.1936, S. 2. Ebenso: StDR, Band 497, 1937, S. 9. In dem erst 1938 herausgegebenen Reichstags-Handbuch wurden einige der Kandidaten dann neuen Wahlkreisen zugeordnet, was auf die Sinnentleerung der bisherigen Praxis hinweist.
88. Amtsblatt, 24.3.1936, S. 18. Es waren unter den laufenden Nummern 1024-1032: Karl Scharlow (Bürgermeister, Kreisleiter, Preetz), Conrad Wölk (Kaufmann, Obersturmführer, Kiel), Dr. Georg Carstensen (Tierarzt, Kreisleiter, Schleswig), Adolf Thormählen (Bauer, Kreisleiter, Strohdiech), Johannes Peperkorn (Kreisleiter, Leck), Carsten Volquardsen (Standartenführer, Borgholz), Oskar Kahle (Dipl. Ing., Kreisleiter, Flensburg) und Karl Herwig (Bürgermeister, Standartenführer, Wesselburen).
89. Die Widersprüche zwischen dem im Amtsblatt abgedruckten Kreiswahlvorschlag und der in der StDR, Band 497, 1937, S. 8ff. abgedruckten Kandidatenliste sind ohne neue Quellen nicht völlig auflösbar.
- Bezeichnenderweise werden in den zwei Jahre später gedruckten Verhandlungen, III. Wahlperiode [1936], Band 459, Verzeichnis der MdR, S. 3ff, Sporrenberg, Frauenfeld und Freisler schon anderen Wahlkreisen zugeordnet. Auch wird schon für die III. Wahlperiode Heinrich von Sybel im Wahlkreis 13 als Abgeordneter genannt!
90. Der Großdeutsche Reichstag, IV. Wahlperiode, 1943, S. 23: „Zweites Gesetz über das Reichstagswahlrecht“, 18.3.1938, § 1: „An die Stelle der Kreiswahlvorschläge tritt der Reichswahlvorschlag.“
91. StDR, Band 531, 1939, S. 9 u. S. 11ff. Der Großdeutsche Reichstag 1938, IV. Wp., 1938, S. 138.
92. BArchB NS 46/37, Schreiben des Leiters des Deutschen Handwerks, 23.3.1938. Auch auf den Listen der OSAF findet sich Schramms Name nicht (ebd.). Zu Schramms Konflikt mit Ley siehe das Wenige bei: Johannes Seifert: *Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus*. VHS Geschichtswerkstatt, Pinneberg 2000, S. 254ff.
93. BArchB NS 46/16, Bl. 3-6. Rau hatte unter Alkoholeinfluss seinen Wagen gegen einen Baum gefahren; dabei starb sein Parteigenosse Stahmer.
94. Zu Meyer-Quade siehe: Der Großdeutsche Reichstag, IV. Wp., 1943, S. 1* sowie S. 151 (Biografie Bannemanns). Verhandlungen, IV. Wp., Bd. 460, S. 51: 4. Sitzung, 6.10.1939 (als Sterbedatum wird hier der 12.9.1939 genannt, während aus den Unterlagen in LAS 611 Nr. 1982 der 10.9.1939 hervorgeht).
95. Der Großdeutsche Reichstag, IV. Wp., 1943, S. 378 und S. 405. Heinrich von Sybel war schon seit Mai 1928 MdR, im Dezember 1931 als Gast zur NSDAP gewechselt und seitdem für sie im Reichstag vertreten. Vgl. Schwarz 1965, S. 772. Vgl. Schumacher 1991, S. 1392f. Walther Schröder saß seit 1932 im Reichstag. Vgl. Schwarz 1965, S. 753, sowie zur Biografie „Das deutsche Führerlexikon 1934/35“. Berlin 1934, S. 438.
96. In Schleswig-Holstein gab es weniger als 1.100 wahlberechtigte Sudetendeutsche. Vgl. StDR, Band 531, S. 10.
97. RGBI 1938, Teil I, S.1636 (21.11.38, Gesetz über die Wiedervereinigung der sude-

tendeutschen Gebiete mit dem Reich), RGBl 1938, Teil I, S.1567. Für das Saarland wurden acht Abgeordnete berufen, s. RGBl, Teil 1, Berlin 1935, S. 68: „Gesetz über die Vertretung des Saarlandes im Reichstag. Vom 30.1.1935“. Zu den anderen Berufungen: RGBl, Teil 1, Berlin 1939, S. 762f.: „Gesetz über die Vertretung der im Protektorat Böhmen und Mähren ansässigen deutschen Volksgenossen im Großdeutschen Reichstag“ 13.4.1939; ebd., „Gesetz über die Vertretung der Memeldeutschen im Großdeutschen Reichstag“ 13.4.1939.

98. RGBl, Teil 1, Berlin 1940, S. 240: „Gesetz über die Vertretung der in den heimgekehrten Ostgebieten ansässigen deutschen Volksgenossen im Großdeutschen Reichstag“ 29.1.1940. RGBl, 1941, S. 777. „Gesetz über die Vertretung der in den Gebieten von Eupen, Malmedy und Moresnet ansässigen deutschen Volksgenossen im Großdeutschen Reichstag“, 4.2.1941. Vgl. BArchB NS 6/338, Bl. 222. Im Überblick: Hubert 1992, S. 179ff.

99. RGBl, Teil 1, Berlin 1939, S. 95: „Gesetz über die Wahlperiode des Reichstags“, 30.1.1939. RGBl, Teil 1, 1943, S. 65: „Gesetz über die Verlängerung der Wahlperiode des Großdeutschen Reichstags“. BArchB R 1501/5350, Bl. 197 u. Bl. 223.

100. Überblick in: Der Großdeutsche Reichstag, IV. Wp., 1943, S. 569. Details: Verhandlungen, Band 457-460.

101. RGBl, Teil 1, 1937, 30.1.1937, S. 105 und RGBl, Teil I, Berlin 1939, 30.1.1939, S. 95 (Ermächtigungsgesetz); RGBl, Teil 1, Berlin 1934, S. 75 (Neuaufbaugesetz); RGBl, Teil 1, Berlin 1935, S. 1145ff. (Reichsflaggen-, Reichsbürger-, Blutschutzgesetz); RGBl, Teil 1, Band 2, Berlin 1939, S. 1547f. „Gesetz über die Wiedervereinigung der Freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich. Vom 1.9.1939“.

102. Hans Schneider, Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1. Jg., 3. Heft (1953), S. 213f.

103. Siehe die Protokolle der Reichstagssitzungen in: Verhandlungen, Band 457-460.

104. Verhandlungen, Bd. 460, Reprint Bad Feilnbach 1986, S. 9.

105. Matthiessen 1980, S. 388.

106. Diese Anzahl ergibt sich aus den 16 „neuen“ Abgeordneten und den 7 „alten“ aus dem Wahlkreis 13.

107. Vgl. Hubert 1992, S. 356ff.

108. Stichtag 10.4.1938 bzw. bei Bannemann dessen Einzug in den Reichstag, Dezember 1939.

109. Zumindest für Fründt, Gewecke und Matthiessen lässt sich dies indirekt belegen: Sie übernahmen unter Lohse als „Reichskommissar Ostland“ wichtige Positionen in der dortigen Verwaltung. Vgl. Pingel 1997, S. 452f, S. 554.

Der Autor

Frank Omland, Jahrgang 1967, Dipl.-Sozialpädagoge, lebt und arbeitet in Hamburg, engagiert sich als ehrenamtlicher Stadtführer (Hamburg bzw. Kiel im Nationalsozialismus, Gedenkstätte Neuengamme) und ist interessiert an der Geschichte Kiels, Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Er forscht derzeit zum Thema *Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen 1933–1938* und hat dazu mehrere Arbeiten abgeschlossen.